

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Lebensmittelnot im Ruhrgebiet.

Gelsenkirchen, 31. Juli. (TL.) Eine einige tausend Mann umfassende Abteilung der Belegschaft einer großen Zeche des Industriezentrums ist heute nicht zur Arbeit erschienen. Der Betriebsrat ließ die Zechenleitung wissen, die Abteilung könne nicht arbeiten, da die Frauen der Arbeiter seit Samstag ohne Kartoffeln und die Bergleute infolgedessen nicht genügend ernährt seien, um die Arbeit zu verrichten.

Essen, 31. Juli. (Mrb.) In mehreren Städten des Ruhrbezirks haben die Franzosen in den letzten Tagen auf den Märkten und bei den Lebensmittelhändlern die Kartoffeln und andere Lebensmittel systematisch aufgekauft, und zwar in solchem Maße, daß für die Bevölkerung nichts übrig blieb. Leider hat sich nirgends auch nur ein Händler gefunden, der den Verkauf von Kartoffeln an die Franzosen verweigert oder sich zum mindesten dem Verkauf seines gesamten Vorrates widersetzt hätte. Deshalb richtet sich die Erbitterung der Bevölkerung nicht nur gegen das durchsichtige Verhalten der Franzosen, sondern auch gegen diese Händler, die dadurch den passiven Widerstand der Bevölkerung zermürben. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes verlangt daher von den zuständigen Stellen, daß gegen diese gewissenlose Händler eingeschritten wird.

Wohin dieses unverantwortliche Vorgehen gewissenloser Kaufleute, das den Bestrebungen der Franzosen weitestgehend Vorstoß leistet, führt, zeigt sich an der zunehmenden Knappheit der Lebensmittel im ganzen Ruhrgebiet. Die Wochenmärkte machen einen geradezu trostlosen Eindruck, da viele Erzeugnisse und Handelsartikel überhaupt nicht mehr zum Verkauf erscheinen, weil sie von den Franzosen aufgekauft werden. Vor den wenigen Verkaufständen drängen sich die Käufer in langer Kette.

Peine, 30. Juli. (TL.) Am Sonnabend nachmittag drang eine Anzahl Leute auf das Gerüst hin, das in einer Schlächtereierie in der Breiten Straße Fleischwaren vorhanden sind, die in den letzten Tagen gar nicht mehr zu kaufen waren, in diese Schlächtereierie ein und durchsuchten das Haus. Die gefundenen Fleischwaren wurden an die Kaufwilligen für 10. bis 15000 M. das Pfund verkauft. Da weitere Gerüchte besagten, daß auch in anderen Geschäften Lebensmittel zurückgehalten würden, drang die Menge in

die Großhandlungsbühne ein, zerschritt die Reisfässer und warf den Inhalt auf die Straße. Schließlich schritt die Polizei ein, jagte die Plünderer aus dem Laden heraus und verhaftete eine Anzahl Personen.

Die Landwirte bei Cuno.

Heute vormittag begann in der Reichskanzlei eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der Landwirtschaft, die eine Erleichterung der Lebensmittelnot herbeiführen soll. Die Besprechung ist zur Stunde noch nicht abgeschlossen.

Der Ernährungsminister hofft.

Gegenüber der neuerdings gemeldeten Verschärfung der Lebensmittelknappheit auf den Märkten und in den Markthallen hält das Reichsernährungsministerium daran fest, daß für irgendwelche Panik die materiellen Voraussetzungen fehlen. Die Kartoffelknappheit hat begreiflicherweise zu Verallgemeinerungen führen müssen, aber diese Knappheit sei nur vorübergehend, und schon seien die ersten Anzeichen für stärkere Zufuhr gegeben. Nach den amtlichen Berichten sei heute die Kartoffelbelieferung Berlins z. B. auf der gleichen Höhe wie am Montag. Das bedeute eine Besserung; denn normalerweise habe der Dienstag immer eine schlechtere Belieferung. Dabei sei bei diesen amtlichen Feststellungen nur der Eingang bei den größeren Güterbahnhöfen berücksichtigt, nicht aber der Eingang per Rahn und per Kahn, noch auch der der kleinen Bahnhöfe. Der Großhandelspreis für Kartoffeln stehe heute ein klein wenig höher, bis 6800, während er gestern 6400 stand.

Die Margarine-, Schmalz- und Speckbelieferung sei in erster Linie eine Devisenfrage. Die Voranmeldungsbedingungen bei der Devisenbeschaffung hätten störend und hemmend gewirkt; doch sei hier jetzt bereits Erleichterung geschaffen. Natürlich müßte der durch die vorübergehend erschwerte Einfuhr nebenbei verursachte Produktionsausfall an Margarine berücksichtigt werden.

Die Befürchtung, daß die Landwirtschaft bei der Geldentwertung auch weiterhin nur zögernd den Lebensmittelmarkt beliefern, teilt das Reichsernährungsministerium nicht, weil die Landwirtschaft sich jetzt zur Neueindeckung von Düngemitteln und anderen notwendigen Artikeln zur Feldbestellung Geld verschaffen müsse.

der Verhandlung wurden sowohl der Verteidiger als auch der Angeklagte mit Beifall begrüßt und beim Verlassen des Gerichtssaals mit Blumen geschmückt.

Berliner Buchdruckerstreik.

Wegen nicht bestellender Lohnangebote haben die Berliner Buchdrucker beschlossen, heute in der Zeit zwischen 1 und 3 Uhr in den Notendruckereien sowie in den Berliner Zeitungs- und Buchdruckereien Schert, Mosse und Ullstein die Arbeit einzustellen. Am 4. Uhr findet eine Vollversammlung der Buchdrucker im Gewerkschaftshaus statt, die über weitere Maßnahmen entscheidet.

Harding ernstlich erkrankt.

London, 31. Juli. (CC.) Im Befinden Hardings ist eine Verschlimmerung eingetreten. Die Ärzte haben Blutvergiftung festgestellt, die offenbar auf den Genuß verdorbener Krabben zurückzuführen ist. Das letzte ärztliche Bulletin lautet: Temperatur 101 Grad Fahrenheit, Puls 118, Atmung 33, Herzaktivität unregelmäßig.

San Francisco (Reuter.) Präsident Harding hat das für seinen Besuch in Kalifornien aufgestellte Programm abgefragt. Man nimmt an, daß dieser Entschluß durch das Verfluchen des Präsidenten veranlaßt ist, das erstere sei, als zuerst angenommen wurde. Der Leibarzt Hardings gab gestern abend einen Krankheitsbericht aus, in dem es heißt, es hätten sich im Laufe des Tages neue Erscheinungen gezeigt, die auf Komplikationen hindeuteten. Im ganzen sind vier Ärzte zur Behandlung zugezogen worden. Man glaubt, daß die Krankheit des Präsidenten durch den Genuß von Krabben verursacht worden ist.

Zwischenfall vor dem Unterhaus.

London, 31. Juli. (TL.) Die Arbeiterabgeordneten, die feinerzeit von den Sitzungen des Unterhauses ausgeschlossen wurden, haben sich heute nachmittag im Unterhause eingefunden. Die Polizei verwehrte ihnen den Eingang. Darauf erklärten die Abgeordneten, sie beabsichtigten keinen Zwischenfall heraufzubeschwören und zogen mit den Worten ab: „Seit drei Wochen sind wir ausgeschlossen; wenn wir zur konservativen Partei gehörten, würde man uns hineinlassen. Belgert sich das Unterhaus länger, uns Gehör zu schenken, so werden wir mit den Arbeitern Schottlands reden, die uns Gehör schenken werden.“ Diese Abgeordneten stammen aus Glasgow. Der ganze Zwischenfall dauerte drei Minuten.

Kurse unverändert.

Wie an den ausländischen Börsen, so zeigt sich auch im Berliner Devisenverkehr eine gewisse Beruhigung. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln war heute sogar etwas geringer als an den vorausgegangenen Tagen. Auch die ruhigeren Beurteilung der innerpolitischen Lage hat wesentlich zur Verminderung der Panikstimmung beigetragen. Die Kurse wurden wieder auf der gestrigen Höhe festgelegt. Es wurden zugeteilt: Amerika 10 Proz., England 10 1/2 Proz., Holland 8 Proz. und die Schweiz 12 1/2 Proz.

Die Arbeiterregierung.

Die Regierung Cuno hat aus den eigenen Reihen der sie stützenden Arbeitsgemeinschaft heraus einen schweren Stoß erlitten. Die Frage ihrer Nachfolgerschaft ist infolgedessen lebhaft besprochen worden. Dabei tauchte auch — namentlich in kommunistischen Kreisen — das Schlagwort von der Arbeiterregierung wieder auf.

Man kann unter diesem Schlagwort sehr verschiedenes verstehen, auch etwas sehr Schönes. Daß die Arbeiterklasse im weitesten Sinn, die ganze Masse der geistig und körperlich Schaffenden in Stadt und Land, sich vereinige, um die Welt in sozialistischem Sinn nach ihrem Willen zu gestalten, ist unser Ziel. Die Regierung der siegreichen Arbeiterklasse wird natürlich eine Arbeiterregierung sein.

Aber die Arbeiterklasse hat die politische Macht noch nirgends gewonnen. Am allerwenigsten in Rußland, wo sie am meisten geknechtet ist.

Die Frage ist nicht die, was wir tun werden, wenn die Arbeiterklasse in Deutschland und in der übrigen Welt die politische Macht errungen haben wird. Sondern es handelt sich darum, wer in Deutschland regieren soll, wenn Cuno heute oder morgen stürzt. Bei der Beantwortung dieser Frage können die gegebenen nationalen und sozialen Machtverhältnisse nicht aus dem Auge gelassen werden.

Im Deutschen Reichstag haben die Vertreter der Arbeiterklasse bei weitem nicht die Mehrheit. Das bedeutet, daß ihnen noch die Macht fehlt, auch im Innern — von äußeren Hemmnissen gar nicht zu reden — geradewegs auf ihre letzten Ziele loszugehen. Wahlen sind Machtpföben. Auf die Mehrheit verzichten kann höchstens der, der seine Macht auf Bajonette stützt.

Eine auf Bajonette gestützte Macht, die die Mehrheit der Bevölkerung gegen ihren Willen beherrscht, ist nicht das Ideal der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, sondern das gerade Gegenteil von ihm. Die Arbeiterregierung, wie wir sie wollen, soll von der Einsicht einer ungeheuren Volksmehrheit getragen sein und ihren Willen verwirklichen. Aber ganz abgesehen davon: kann die Arbeiterklasse als geistige Minderheit, die sie noch ist, das, was ihr an Macht über die Köpfe noch fehlt, durch die Macht der Bajonette ersetzen? Jeder ruhig Ueberlegende wird diese Frage verneinen. Auch wenn sie die Mehrheit gewonnen haben wird, wird die Arbeiterklasse gegen eine Minderheit, der erhebliche reale Machtmittel zur Verfügung stehen, schwere Kämpfe zu führen haben. Jetzt mit Gewalt durchsetzen, was ihrer Ueberredung nicht gelang, kann sie nicht.

Der Versuch, das parlamentarische System durch eine diktatorische Arbeiterregierung zu ersetzen, müßte also mit einer blutigen Niederlage der Arbeiterklasse enden. Sie ist um so sicherer, als die bürgerlichen Gegner eines solchen Gewaltvorstoßes in den Regierungen des Auslandes sichere Bundesgenossen finden würden.

Der Ruf nach einer diktatorischen Arbeiterregierung bedeutet also nichts anderes, als den Ruf nach einem Bürgerkrieg, der entsehlisches Elend über die deutschen Arbeiter bringen, sie aber ihrem Ziel nicht näher, sondern sie von ihm weit zurückschleudern würde.

Das Volk schreit nach Brot. Der Bürgerkrieg bringt aber nur Hunger und Knechtschaft.

Wie steht es mit den parlamentarischen Möglichkeiten einer Arbeiterregierung? Parlamentarisch ist die Arbeiterregierung nur denkbar als sozialdemokratische Minderheitsregierung. Selbst angenommen, daß die Kommunisten einer solchen Regierung ihre Unterstützung leisten würden, woran sie ja nicht denken, wäre eine Mehrheit, auf die sie sich stützen könnte, nicht vorhanden. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung wäre also genötigt — bei den bürgerlichen Unterstützung zu suchen, sie wäre von dieser Unterstützung abhängig. Wir hätten dann dem Namen nach eine Arbeiterregierung, in Wirklichkeit aber eine Koalitionsregierung, zu der die bürgerlichen bloß keine Minister stellen würden. Sie würden keine nach außen sichtbare Verantwortung tragen, aber der sozialdemokratischen Regierung die Bedingungen vorschreiben, unter denen sie ihr das Leben lassen.

Aber, kann man sagen, die sozialdemokratische Regierung könnte ja diese Last abschütteln, indem sie den Reichstag auflöste und versuchte, sich bei Neuwahlen eine Mehrheit zu schaffen.

Dabei wird zunächst vergessen, daß Neuwahlen bei den gegenwärtigen Zuständen im deutschen Westen technisch kaum durchführbar sind. Wenn es aber gelingt, diese Schwierigkeiten zu überwinden, was ergibt sich dann für eine Lage? Die sozialdemokratische Minderheitsregierung kann bei Neuwahlen nur dann im Amt sein, wenn es ihr zuvor schon gelungen war, eine Mehrheit im Reichstag zu finden, sonst kommt sie gar nicht so weit. Sie muß zuvor eine Zeitlang allein regieren, allein die Verantwortung getragen haben. Glaubt man aber, daß das alleinige Tragen der Verantwortung bei gleichzeitiger innerer Unfreiheit — eben wegen der Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien — unter den gegenwärtigen Umständen so besonders geeignet ist, die Volkstümlichkeit einer Partei zu erhöhen? Eine demagogische Agitation der Gegner würde die — scheinbar — allein regierende Partei für alle Sünden der Vergangenheit, deren Folgen sie nicht im Handumdrehen beseitigen konnte, verantwortlich machen. Bei dem Versuch, den tief verfahrenen Karren allein wieder herauszuziehen, würde die Sozialdemokratie bis über den Hals in den Schlamm geraten.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe.

32 Tote geborgen.

Aus Kassel wird gemeldet, daß sich heute früh um 4 Uhr auf dem Bahnhof Krelensen ein furchtbares Eisenbahnunglück ereignete. Der Haupt-D-Zug 88, Hamburg—München, fuhr auf den im Bahnhof haltenden Vorzug, wahrscheinlich infolge Ueberfahrens des Haltesignals, auf. Bis heute früh 8,15 Uhr konnten 27 Tote, zumeist Männer, und 25 Verletzte, davon 11 schwer, festgestellt werden. Der Lokomotivführer und der Heizer des D-Zuges kamen mit einem Nervenschlag davon. Man befürchtet, daß unter den Trümmern noch mehr Tote liegen. Aus Hannover und Göttingen ist sofort nach Bekanntwerden des Unglücks je ein Hilfszug, mit allen Rettungsmitteln ausgerüstet, nach der Unglücksstelle abgefahren. Die bisher aufgefundenen Verwundeten sind in Sonderzügen in die Universitätsklinik nach Göttingen transportiert worden. Die Sanitätskolonnen von Göttingen haben sich für die Bergung der Opfer sofort zur Verfügung gestellt. Aus Berlin hat sich ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums sofort nach Krelensen begeben. Beide Hauptgleise sind gesperrt.

Weitere Meldungen besagen, daß der Lokomotivführer des D-Zuges sofort die Schnellbremse zog, aber trotzdem nicht verhindern konnte, daß der Zug mit großer Geschwindigkeit auf den stehenden Zug auffuhr. Die letzten drei Wagen des stehenden Zuges wurden ineinandergeschoben und zertrümmert. Es geschieht alles, um den Verletzten beizustehen. Der Materialschaden ist bedeutend. Personen- und Packwagen des D-Zuges sind stark beschädigt.

Die Zahl der Toten bei dem Eisenbahnunglück in Krelensen hat sich bis jetzt auf 29 erhöht, die der Verletzten auf 43, von denen 15 schwere Verletzungen davongetragen haben. Die Toten und Verletzten stammen überwiegend aus Süddeutschland.

Hannover, 31. Juli. (TL.) Nach neueren Meldungen sollen bei dem Eisenbahnunglück bei Krelensen 42 Personen getötet worden sein. Bisher konnten etwa 32 Tote geborgen und etwa 40 Verletzte aus den Trümmern gerettet werden. Beim Auffahren der Lokomotive auf die Wagen entstand außerdem ein Brandunglück.

Die Schuldfrage bei dem Bahnunglück in Krelensen ist insofern geklärt, als es feststeht, daß der Lokomotivführer des um 11 Uhr von Hamburg abgefahrenen D-Zuges das auf Halt stehende Vorrücksignal überfuhr. Wie es heißt, soll ihm ein Fremdkörper ins Auge geflogen sein, so daß er das Signal überfuhr.

Attentatsprozess in Brüssel.

Brüssel, 31. Juli. (Eca.) Die Strafkammer hat den Reserveleutnant Retten Kr, der den Ueberfall auf den deutschen Geschäftsträger Dr. Köbiger verübt hatte, zu vier Monaten Gefängnis mit Strafausschub verurteilt. Der angeklagte Offizier erschien vor Gericht in voller Uniform, mit dem Ritterkreuz des Leopoldordens geschmückt. Die als Zeugen vernommenen zahlreichen Offiziere hatten dem Angeklagten das beste Zeugnis ausgestellt. Der Staatsanwalt, der die Verurteilung beantragt hatte, begründete seinen Antrag damit, daß der Angeklagte durch seine handlungswidrige dokumentierte habe, daß er vergessen habe, daß der Krieg beendet sei, und durch sein Vorgehen das belgische Gesetz der Gastfreundschaft erheblich verletzt habe. Bei Schluß

Das also sind die beiden Möglichkeiten oder, besser gesagt, die beiden Unmöglichkeiten des Augenblicks: Eine auserparlamentarische Arbeiterregierung, die durch Bürgerkrieg und blutige Gewalt zur Macht zu kommen versucht, ohne daß ihr das wirklich gelingt, oder aber eine parlamentarische Arbeiterregierung ohne parlamentarische Mehrheit und ohne Aussicht, sie zu gewinnen, in Abhängigkeit von bürgerlichen Parteien und dann natürlich erst recht Ziel der kommunistischen Hege.

Die Vorbedingungen für die Schaffung einer Arbeiterregierung in Deutschland sind zurzeit nicht gegeben, sie müssen erst geschaffen werden. Die erste ist die Einigung der Arbeiterklasse auf ein klares und durchführbares Programm und die Abweisung aller verwirrenden Augenblicksparole und Schlagworte, wie sie die KPD-Zentrale in unerlöschlicher Fülle produziert. Kritisches Denken, Pflichtgefühl, Disziplin, Bewußtsein der großen Verantwortung an der Volksgemeinschaft — ohne das kommt keine Klasse zur ausschlaggebenden Macht.

Das erste Hindernis auf dem Weg zur Arbeiterregierung ist die kritiklose, gewissenlose, bloß an den Instinkt, nicht an das Denken appellierende Wählerarbeit der KPD.

Erziehung zur Republik.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Der bekannte Rechtslehrer Philipp Jorns stellt in der Zeitschrift „Staats- und Selbstverwaltung“ unter dem Titel „Die alte und neue Reichsverfassung“ u. a. Betrachtungen über das Gesetz zum Schutze der Republik an, die überaus bezeichnend für die geistige Einstellung eines großen Teils unserer Staatsrechtslehrer sind. So nennt er den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Ausnahmegericht dauernder Art, für das die verfassungsmäßigen Voraussetzungen Krieg oder Belagerungszustand nicht gegeben seien und fährt dann fort: „Dieser zweifelhafte Bruch der Verfassung wird juristisch gerechtfertigt, indem die Gesetzesvorschrift als „Verfassungsänderung“ gemäß Art. 76 erklärt wird. Auch wenn dies formell zutrifft, hätte doch bei der ungeheuren Bedeutung der Sache für einen modernen Rechtsstaat eine ausdrückliche Abänderung der Zwangsvorschrift des Art. 105 erfolgen müssen, um die Vorschrift dem Rahmen des neuen deutschen Verfassungsrechts einzufügen. Die politische Bedeutung dieser unmittelbar an die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse erinnernden Ausnahmevorschrift ist hier nicht zu erörtern.“

Es ist erstaunlich, daß ein Rechtslehrer diese unsachliche Auffassung zu vertreten magt. Der in Frage kommende Absatz des Artikels 105 lautet: „Ausnahmevorschriften sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.“ Hier werden die Befugnisse der Staatsgewalt der Rechtsprechung gegenüber begrenzt. Beim Staatsgerichtshof handelt es sich aber weder um ein Ausnahmegericht im Sinne des Artikels 105 noch um die Entziehung eines Angeklagten von seinem gesetzlichen Richter, vielmehr ist das Gesetz zum Schutze der Republik auf Grund einer rechtmäßigen Zweidrittelmehrheit des Reichstages zustande gekommen, was nach Artikel 76 genügt, um eine Verfassungsänderung herbeizuführen. Verfügte man nach dem Vorschlag des Professors Jorns, dann könnte die Staatsgewalt jederzeit durch Schaffung von Ausnahmegerichten willkürlich in die Rechtsprechung eingreifen und dann allerdings hätte man einen Zustand, wie er seinerzeit durch die Karlsbader Beschlüsse geschaffen wurde. Es ist also nicht recht ersichtlich, was die Kritik Jorns bezweckt, wenn man nicht annehmen will, daß durch derart halblöcherliche Vorwürfe der Staatsgerichtshof und mit ihm die Republikgesetzgebung verächtlich gemacht werden soll.

Sehr bedauerlich ist es, daß die Ausführungen Jorns in einer Zeitschrift wie „Staats- und Selbstverwaltung“ Platz gefunden haben, die sich auch als Zeitschrift für die Verwaltungsbehörden und -beamten des Reiches, der Länder usw. bezeichnen und die hauptsächlich der Fortbildung jüngerer Beamter dient. Daß derartige Ausführungen zur Heranbildung eines zuverlässigen, objektiven und pflichttreuen Beamtenmaterials geeignet sind, wird auch der Vorstehende

der als Herausgeber der Zeitschrift zeichnenden „Freien Vereinigung für Rechts- und Verwaltungskunde“, Geh. Oberregierungsrat Dr. jur. Kauß, nicht behaupten können.

Es regnet Aufrufe...

Die KPD-Zentrale bei der Produktion.

In dem allgemeinen politischen Chaos fühlt sich die Zentrale der Kommunistischen Partei verpflichtet, wenigstens als einzelne „Schöpferisch“ tätig zu sein. Da es ihr zu anderem fehlt, übt sie sich in der überreichlichen Produktion von Aufrufen. Das ist zwar nicht viel, steht aber immer noch etwas aus.

Nach der „Zurücknahme der Front“ vom letzten Sonntag erläßt die KPD, (soeben einen neuen Tagesbefehl. Er beginnt mit einer faulblütigen Lüge, nicht der ersten und auch nicht der letzten aus dem Arsenal der KPD. Er behauptet nämlich im Fettdruck:

Das Bürgertum und die sozialdemokratische Parteibürokratie wollten am 29. Juli die KPD durch eine planmäßig organisierte und vorbereitete Pogromstimmung niederschlagen. Das ist ihnen nicht gelungen. . .

Die Radeffschen Ludendorffer brauchen eine Kusrede für die Blamoge, die sie sich zugezogen. Sie haben in bombastischen Aufrufen die Abrechnung mit den Faschisten angelündigt (und daß die Sozialdemokraten mit den Faschisten in einen Topf werfen, gehört zum sauberen Handwerk); sie haben in Unmengen bedruckten Papiers um die Sympathie der Studenten, der Reichswehr, der Bauern, der Mittelständler gebettelt, indem sie ihnen in völkisch-mittelständlich-militärischem Jargon alles mögliche versprochen. Sie rechneten mit blutigen Zusammenstößen, weil sie wissen, daß Blut ein besonderer Saft ist, und wünschen, daß die im Straßenkampf gefallen oder verletzten Arbeiter die Solidarität der überlebenden Arbeiter mit den Veranstaltern solcher Kämpfe wahrnehmen. Der Lärm der Kommunisten ist noch immer „Revolution“, jede Abwehr aber immer noch „Pogrom“. Mit zwei Worten hat man die Weltgeschichte ihrer Verdrämung entkleidet.

Die Sozialdemokratie hat sich um den Lärm der beruhsamigen Fabrikanten überflüssiger Aufrufe überhaupt nicht gekümmert. Erst als ein solcher „Antifaschistentag“, bei dem sich in Frankfurt a. M. unsere Genossen leider mit den Verleumdern der Partei an einen Bogen spannten, mit offenem Totschlag auf offener Straße endete, haben wir vor dem Unfug gewarnt, den die Kommunisten treiben. Das ist dann Erzeugung von „Pogromstimmung“!

Der neue Aufruf zeichnet sich in nichts vor den früheren aus. Er wendet sich an die „Kleinbauern und veredelten Mittelbürger“, fordert von diesen, daß sie mit den Kommunisten gemeinsam eine „Arbeiter- und Bauernregierung“ bilden und verlangt neben der Zwangsindustrialisierung der Großbetriebe die „Erfassung der Sachwerte“, Beschlagnahme aller Luxusgegenstände, Beschlagnahme aller Lebensmittel, der Devisen und die Ueberlieferung aller Waffen in die Hände der Arbeiter! Selbstverständlich fehlt das Bündnis mit Sowjetrußland nicht. Dem schließlich muß man für seinen Geldgeber doch auch etwas tun!

Jeder, der noch nicht durch den Profenschwall ganz benebelt ist, oder dem die eigene Not noch nicht alle Klare Einsicht genommen hat, wird aus dem Aufruf lediglich die große Hilflosigkeit der KPD-Zentrale herauslesen. Wenn man den Kleinbauern zumutet, eine Regierung von Arbeitern und Bauern zu bilden, alle Waffen den Arbeitern zu überlassen und dann bei den Bauern die Lebensmittel zu beschlagnahmen, so ist das ja wunderbar ausgedacht, aber der — wenn auch nicht historische — Materialismus der Bauern wird darüber nicht sehr erbaudt sein.

Tut jedoch nichts! Die Zentrale der KPD, ist in der Lage, ganz nach Bedarf auch andere Parolen zu erfinden!

Immer noch fürstlich.

Wir erhalten die Abschrift zweier Zuschriften des Reichsarbeitsministeriums an die Abwägungsstelle der früheren Gebietsregierung des Volksstaates Reuß. Die eine ist an das Fürstliche Ministerium des Innern, die andere an die Fürstlich Reußische Landesregierung gerichtet. Daß man im Reichsarbeitsministerium noch nicht weiß, daß der frühere Volksstaat Reuß auf Thüringen übergegangen ist und seit 2 Jahren eine Abteilung des Innern nicht mehr besteht, sei ihm verziehen,

Fremdenindustrie.

Von Hans Bauer.

Einmal verreist sein, das ist wunderschön. Aber häßlich sind heutzutage die Begleitererscheinungen des Verreisens. Häßlich, wie das Wort selbst, ist das Ausgesiebertsein an die Fremdenindustrie.

Ich meine damit nicht die Schlüsselzahl und die Speisefartenpreise. Bei einem Dollarstand von 1 Million müssen selbstverständlich auch im entferntesten Dorfgasthof andere Ziffern gelten als bei einem von 100 000. Ich meine überhaupt nicht die Preise in ihrem Zahlengrund, sondern in ihrer Beziehung auf die Gegenstände, die sie bemerten.

Wer nun schon einmal verreist ist, ist gefaßt darauf, für ein ausländisches Mittagbrot mehr Geld anlegen zu müssen, als er zu Hause nötig gehabt hätte. Aber er will statt des ausländischen Mittagbrotes nicht Dillkaffee essen müssen. Die Speisefarte der Fremdenindustrie weist nur Dillkaffee auf. Sie kennt keine handfesten Mahlzeiten. Sie präsentiert nicht marinierte Heringe und Eierspeisen. Sie bietet Entrecotes und garnierte Schnitzel an.

Die Fremdenindustrie will den Fremden nicht befähigen. Sie will ihn betören. Der Fremde hat nicht einen Erholungsbetrieb und betätigt ihn. Die Fremdenindustrie hat ihn, den Fremden, und kalkuliert mit ihm.

Auf dem Reichsbahn im Thüringer Wald steht ein Hotel. Nachdem ich eine Zechel von 100 000 Mark gemacht hatte, ließ ich in die Küche, mir in eine Feldflasche Wasser füllen zu lassen. Man füllte. Und verlangte 100 Mark. Ich schüttete das Wasser schweigend wieder aus.

Wenn für einen Schnaps 20 000 Mark gefordert werden, finde ich daran nichts Außergewöhnliches. Wenn es sein muß, bezahle ich das. Aber wenn jemand für eine Flasche Wasser 100 Mark verlangt, finde ich ein Naturgesetz verletzt. Dieses ist eben Fremdenindustrie.

Die Fremdenindustrie bietet nicht gegen Bezahlung die Befriedigung eines Bedürfnisses. Sie nimmt die Bezahlung und bietet eine Kusrede dafür.

Dies Gute freilich ist der Fremdenindustrie zu eigen: der Unzahl derer, die nicht verreisen können, gibt sie den Trost, um den Preis des Bergkäses auf die Naturherrlichkeiten wenigstens nicht in ihr Des Räders Werk verheddert zu werden.

Der Ursprung der Krawatte. Das Bindeband, mit dem die Herren der Schöpfung ihre Bordenkonten zieren, hat eine alte Geschichte. Bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts trugen die Herren an Stelle von Halsbändern die heißen Halsketten und die spinnen-garnierten Halskragen, wie sie die spanische Mode in der Zeit Karls V. über ganz Europa verbreitet hatte. Um das Jahr 1650 aber wichen diese heißen und mühtatgroßen Kransen einer neuen

Phantasie der Mode. Damals war ein Regiment Kroaten nach Paris gekommen und hatte eine ganz fremde Manier gezeigt, sich Hals und Nacken zu verzieren. Die gemeinen Soldaten trugen Halsketten von gewöhnlichem Tuch; die Offiziere dagegen schmückten sich mit Halstüchern aus Spitze, Musselin oder Seide, deren Zipfel in Rosetten gebunden oder mit Knöpfen verzieren waren. Diese Manier wurde in Paris bald nachgeahmt. Später fügte man Enden von Musselinzippen hinzu. Dieses Halstuch wurde bald unter dem Namen als „Croat“ oder „Cravatte“ bekannt. Im 18. Jahrhundert war die Krawatte schon zu einem der bizarrsten Kleidungsstücke geworden, mit dem ein unfähiger Luxus getrieben wurde. Der berühmte Stutzer Brummel sprach damals schon das Wort aus, es sei die Art, das Halstuch zu binden, an der man den rechten Gentleman erkennen könne. Das 19. Jahrhundert hat die Krawatte wie so vieles andere demokratisiert und zu einem Massenartikel gemacht, der nur noch wenig Gelegenheit bot, eine eigene Note zu zeigen. Fabriken begannen, Tausende von Krawatten nach demselben Muster herzustellen. Um die Jahrhundertwende begannen unsere neuzeitlichen Öglerin, gegen die fabrikierte Krawatte Front zu machen. Sie brachten den Scharf, jenes Riesentuch, das der persönlichen Baune Gelegenheit zu freier Entfaltung gab. Heute beherrscht der Selbstbinder aber trotzdem noch das Feld, wenn er auch weniger umfangreich ist, und die Modenarren von heute bezeichnen nur den als Gentleman, der seine Krawatte selbst bindet und nicht etwa eine „geflechte“, „genagelte“ oder „gemauerte“ Halsbinde trägt.

Die Inflation Hochbegabter zum Universitätsstudium ohne Reizeignis hat zur Folge gehabt, daß eine überaus große Anzahl von Bewerbern sich meldeten, deren Bewerbungsschreiben in Unkenntnis der geltenden Bestimmungen abgelehnt waren und daher wirkungslos bleiben mußten. Um die Öffentlichkeit aufzuklären, ist daher ein Merkblatt verfaßt worden, das die Bestimmungen klar zusammenfaßt.

Allgemeine Voraussetzung ist danach, daß die Bewerber ihrer ganzen Persönlichkeit und ihren geistigen Fähigkeiten nach die sichere Gewähr dafür bieten, daß sie dem akademischen Unterricht auf dem gewählten Studiengebiet folgen können. Es müssen deshalb neben einem bestimmten Grad allgemeinen Wissens die fachlichen Grundlagen des erbetenen wissenschaftlichen Studiums vorausgesetzt werden. Als besonderes Kennzeichen für Charakter und Lüstigkeit soll gewertet werden, daß die Bewerber in ihrem jetzigen Beruf bereits anerkannte Leistungen aufzuweisen haben. Die Zulassung kann hiernach nur in besonderen Ausnahmefällen in Frage kommen. Der Antrag soll nicht von dem Bewerber selbst, sondern von urteilsfähigen Persönlichkeiten gestellt werden, die mit den Voraussetzungen und dem Wesen wissenschaftlicher Arbeit vertraut sind und den Bewerber nach seinen bisherigen Leistungen bereits kennen. Der Antrag ist an das Kultusministerium zu richten. Beizufügen sind ein ausführlicher Lebenslauf, Nachweise über Berufsverhältnisse und Berufsleistungen, eine Darlegung der bisherigen allgemeinen Weiterbildung und der wissenschaftlichen Beschäftigung, eine Angabe über das Ziel des Studiums sowie ein Zeugniszeugnis und das Zeugnis über den Abschluß der Schulbildung. Die erste Sichtung der Anträge wird im Ministerium vorgenommen. Geeignete Besuche werden

aber daß man 5 Jahre nach der Revolution noch nicht weiß, daß der Fürst von Reuß wie alle anderen deutschen Landesherren abdanken mußte, ist doch ein starkes Stück.

Gefährliches Spiel.

Was sagt man dem Auslande?

Paris, 31. Juli. (E. C.) Aus Williamstown meldet der „New York Herald“: Graf Harry Reher hielt heute hier eine Rede, in der er sich mit der neuen Krisis in Deutschland beschäftigte. Er erklärte, in Norddeutschland sei die bolschewistische Revolution, in Süddeutschland sei ein monarchistischer Aufbruch zu erwarten. Eine Bolschewisierung Deutschlands sei gleichbedeutend mit dem Krieg zwischen Frankreich und Rußland, der allerdings weit größerer sein würde als der vergangene Krieg, weil er die europäische Zivilisation vernichten würde. Frankreich könne zwar Rußland schlagen, aber nicht auf russischem Boden, sondern in Deutschland. In den Krieg würde auch England hineingezogen werden, das dieselbe Rolle spielen würde, wie sie die Vereinigten Staaten im Weltkrieg gespielt hätten. Graf Reher protestierte in der energischsten Weise gegen die Ruhrbesetzung und die Ruhrpolitik Frankreichs.

Vorausgesetzt, daß der Bericht zutreffend ist, drängt sich die Bemerkung auf, daß diese fast selbstverständliche Ankündigung eine „bolschewistische Revolution“ für Norddeutschland und eines monarchistischen Aufbruchs für Süddeutschland geradezu gemeinlich wirken muß. Es ist schon schlimm genug, wenn ausländische Journalisten aus Deutschland allerhand Unsinnes in ihre Heimat telegraphieren, weil ihre heimischen Leser Sensationen verlangen. Aber Deutsche, die ins Ausland gehen oder ins Ausland schreiben, sollten diese Uebertreibung richtigstellen, sie aber nicht selbst verbreiten. Die Rot kann in Deutschland zwar alle unliebsamen Zwischenfälle lokaler Art herbeiführen, aber zu einer „bolschewistischen Revolution“ gehört noch etwas mehr, als einige Aufrufe der „Roten Fahne“ und das heuchlerische Wehgeschrei der Völkischen. Und von den bayerischen Putschisten bis zu einem „monarchistischen Aufbruch“ ist auch noch ein langer Weg, auf dem sich starke Hindernisse bemerkbar machen würden.

Bei aller notwendigen Aufmerksamkeit im Innern haben wir doch keine Ursache, im Auslande durch über angebrachte Schwarz-makerei das Vertrauen zum Bestande der deutschen Republik untergraben zu lassen.

Volkspartei und Frankfurt.

Das offizielle Organ der Volkspartei, die „Zeit“, veröffentlicht zu der Ermordung des Mitgliedes ihrer Partei, Staatsanwaltschaftsrats Dr. Haas, Frankfurt a. M., eine vom 24. d. M. datierte Beschwärde an den preussischen Ministerpräsidenten und den Minister des Innern, die schwere Angriffe gegen den der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Polizeipräsidenten von Frankfurt, vor allem aber gegen die Sozialdemokratische Partei selbst enthält und unter Hinweis auf das Verlangen nach einem bürgerlichen Ordnungsdienst mit gewissen Forderungen schließt.

Gegenüber dieser Eingabe muß betont werden, daß die Demonstration selbst in vollkommener Ruhe verlief und daß der nicht voraus-zusehende tödliche Liebertall erst nach der Kundgebung von verantwortungslosen Elementen bezogen wurde. Es ist selbstverständlich, daß eine strenge Untersuchung darüber angestellt wird, inwieweit es hier die Polizeiorgane an der nötigen Aufmerksamkeit haben fehlen lassen, und es ist das gute Recht der Deutschen Volkspartei, sich bei der zuständigen Stelle nach dem Gang der Untersuchung zu erkundigen. Als unverständlich muß es hingegen bezeichnet werden, wenn die volksparteiliche Anfrage das Verhalten des Frankfurter Polizeipräsidenten von vornherein discreditiert und an die Sozialdemokratische Partei Forderungen stellt, zu denen weder der preussische Ministerpräsident noch ein Innenminister Stellung nehmen kann, da es sich jede Partei höflichst verbitten würde, wenn ein Minister in ihre Angelegenheiten hineinregieren wollte.

Die Sitzung des Reichstags am 8. August beginnt um 3 Uhr (nicht um 12 Uhr).

Die kleine Entente hielt in Sioaja (Rumänien) ihre Konferenz ab, die sich u. a. mit gemeinsamem Auftreten im Völkerbund und mit ungarischen Fragen, auch mit der einer Anleihe, beschäftigte; die Konferenz soll volle Einmütigkeit ergeben haben.

einem Ausschuss an der Berliner Universität überweisen. Dieser beurteilt die Anträge nach dem Ergebnis einer oder mehrerer von dem Bewerber unter Aufsicht anzufertigenden schriftlichen Ausarbeitungen und auf Grund eines mit ihm zu veranstaltenden Kolloquiums. Der Minister entscheidet sodann über die Zulassung.

Lehrgänge für den hygienischen Unterricht. Die Volksaufklärung in allen Fragen der Hygiene ist heute wichtiger denn je und wird besonders von dem preussischen Landesausschuss für hygienische Volksbelehrung tatkräftig gefördert. Wie Dr. Karl Bornstein in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitteilt, wird demnächst ein Werk „Gesundheitslehre in der Schule“ veröffentlicht werden, das den Lehrern den Stoff für den Gesundheitsunterricht in geeigneter Form bietet. Außerdem aber finden auch Lehrgänge zur Einführung in den Unterricht der Gesundheitslehre statt, die bisher von 120 Lehrern und Lehrerinnen aus allen Provinzen Preußens besucht wurden. Man will jetzt diese Lehrgänge nicht nur in Berlin abhalten, sondern in allen Provinzen im Anschluß an die hygienischen Institute der Universitäten und technischen Hochschulen. Auf diese Weise hofft man zu erreichen, daß bald alle Lehrer und Lehrerinnen, die der Jugend Hygiene beizubringen und vorzuleben sich für verpflichtet halten, durch Wort und Schrift für diesen Zweck vorgebildet sind.

Laboratoriumsgewässer. In einem eigens dafür gebauten Laboratorium sind kürzlich durch den bekannten amerikanischen Elektriker Dr. Charles Steinweg, den „elektrischen Zauberer“, wie man ihn drüben nennt, künstliche Gewässer „veranstaltet“ worden. Mit Hilfe einer Spannung von 2 Millionen Volt wurden Blitze, die also der Mensch heute in der Hand hat wie weiland Zeus sein Blitzstrahlenschild, auf Holzstöcke und andere Gegenstände losgelassen. Während diese Experimente in erster Linie gedacht waren, um gewissen Fragen hochgepannter Ströme nachzugehen und um gegebenenfalls Mittel für die Unschädlichmachung des natürlichen Blitzes zu entdecken, ist für den Physiker vielleicht die Frage noch bedeutsamer geworden, was aus dem Holz wird, das der künstliche Blitz getroffen hat und dabei fast ganz „ins Nichts“ verschwindet.

Die Akademie der Künste veranstaltet im Herbst eine Schwarz-Weiß-Ausstellung für die außer den Bildnissen der Mitglieder der Akademie freie Einsendungen Berliner Künstler zugelassen werden.

Der Bühnenvolkbund, die amtliche deutsche Gegenorganisation des Verbandes der Volkstheater, hält seine diesjährige Tagung am 6. und 7. September in Berlin ab. Sie soll im Zeichen der Jugendarbeit stehen.

Der erste Weltpolizeitag findet als Anlaß des Operantoweltkongresses in Nürnberg statt. Es wird u. a. die Gründung einer Weltpolizei-Assoziation, dann die Schaffung eines effektiven Organs und eines Weltpolizei-Schwerpunktes zur Debatte stehen. Als Verständigungssprache dient Operantol.

Die Schlüsselzahl der Vereinigung der Kunstverleger ist auf 5000 erhöht worden.

Ein umfangreiches Petroleumfeld ist in der argentinischen Provinz Jujuz entdeckt worden.

Diktatur, nicht Republik.

Aus den Geheimakten der Rheinischen Sonderbündler.

Die „Neuen Züricher Nachrichten“ sind in der Lage, eine geheime Denkschrift der Rheinischen Republikanischen Volkspartei (Dort) zu veröffentlichen, die sich mit der Konstituierung einer Rheinischen Republik beschäftigt. Das Ziel der neu zu schaffenden „unabhängigen“ Staat nach den Richtlinien der Denkschrift auf die Westmächte stützen soll, nimmt nach der Einstellung und den Geldquellen der Separatistenbewegung nicht weiter wunder. Daß man aber an die Spitze des Programms die Ableistung der auf die Rheinlande entfallenden Reparationsquote stellt, läßt deutlich erkennen, daß die französischen Prohibitoren der Bewegung keineswegs daran denken, die Hand von der Gurgel wegzuziehen, auch wenn die Rheinlande sich den Wünschen der französischen Imperialisten fügen. Das muß über die Rheinlande hinaus nachdenklich stimmen.

Im übrigen ist das Dokument ein vollkommener Beweis dafür, daß es die Separatisten lediglich um ihre finanziellen und sonstigen Vorteile abgesehen haben. So empfiehlt die Denkschrift die Institution eines Rheinischen Bürgerrechts, das ausschließlich zur Uebernahme einer öffentlichen Verantwortung, d. h. eines wichtigen Amtes, gleichviel ob dieses hoch oder niedrig ist, qualifiziert. Also ins Deutsche übertragen: Diktatur des Sonderbündlerklubs, nicht Republik! Man lese nur die eben so naive wie frivole Begründung dieser Forderung.

Offenbar sind diejenigen, so heißt es da, welche zuerst und in gefährlicher Zeit dem Rufe des Mutterlandes gefolgt sind, nicht nur dieses Privileg als ein würdiges, sondern allein dafür prädestiniert. Einer der ersten Akte des neuen Staates muß demnach der sein, daß allen, die bis zu einem bestimmten Tage, der in der Berechnung liegen muß, sich für das Zustandekommen des neuen Staates eingesetzt haben, das Rheinische Bürgerrecht durch ein Patent verliehen wird. Dadurch wird ein Kreis von Personen geschaffen, die sich untereinander genau kennen, die für einander die Gewähr übernehmen, und auf die sich das Ausland verlassen kann.

Sonderbündlerdiktatur von Frankreichs Gnaden, so könnte man den Vorschlag auch kürzer und besser formulieren. Das wird noch klarer, wenn man in den weiteren Zeilen der im übrigen recht latenten Denkschrift herumstöbert. Da tauchen plötzlich „die vier bereits designierten Konjunktoren“ (von wem bereits designiert, doch wohl von Frankreich?) auf, die von der Rheinlandkommission (lies: Frankreich) zu beauftragen sind und die nun ihrerseits „eine geeignete scheinende und den Alliierten (lies: Frankreich) genehme Persönlichkeit“ zum Präsidenten der Republik wählen.

Während dieser Vorgänge, so fährt das Dokument fort, müßten die Befehlshaber der Armee auf Grund des ihnen reichlich zur Verfügung stehenden Materials an feindlichen Handlungen über weite Gebiete des Belagerungszustandes verhängen, die Nachsperrung einführen und die preussische Presse verbieten. Unter dem Schutze dieser zufällig scheinenden Machtmittel (1), die natürlich dem geheimen Zwecke dienen muß, jede Unruhe schon im Keime zu ersticken, proklamiert der Präsident die Republik durch Waweransky.

Und dann geht der Dreh so weiter: Zehn Männer „Ausfühler“ in allen Städten und Dörfern, wiederum natürlich unter dem Schutze des Belagerungszustandes (lies: der französischen Besetzung), totale Entwaffnung der gesamten Polizei („Wo die Entwaffnung auf Schwierigkeiten stößt, muß die Befehlshaber sie unter irgendeinem in ihrem Interessenbereich liegenden Vorwande erzwingen“, sagt die famose Denkschrift), Organisation einer absolut zuverlässigen Miliz — und die Rheinische Republik ist fertig.

Die Sache hat nur einen Haken, und das merken die Sonderbündler selbst. Was dann, wenn sich die Rheinländer den Diktatorenputz der Herren von Frankreichs Gnaden nicht gefallen lassen? Auf diese Frage wissen auch die Sonderbündler keinen Rat. Sie brauchen sich den Kopf auch nicht darüber zu zerbrechen. Wenn wir die Rheinländer kennen — und wir glauben sie gut zu kennen — werden sie diese Frage im gegebenen Augenblick selbst beantworten und so gründlich beantworten, daß die Dortenleute ein für allemal genug haben.

Die Antworten in London.

London, 31. Juli. (B.Z.) Reuter erfährt aus französischer Quelle, daß die belgische Note den Vorschlag auf Ernennung eines Sachverständigenausschusses, der in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag die Reparationskommission bei der Festsetzung der von Deutschland zu fordernden Zahlungen beraten würde, begünstigt. Die belgische Regierung verharre, wie verlautet, noch immer auf dem Standpunkt der Ruhr-Befehlung, bringe aber in ihrer Note die Anregung betreffend Räumung des Ruhrgebiets in Übereinstimmung mit den künftigen Zahlungen Deutschlands vor. Was die Haltung der italienischen Regierung angeht, so werde in französischen diplomatischen Kreisen nicht erwartet, daß Italien in hoher Zukunft auf die ihm von der britischen Regierung unterbreiteten Dokumente antworten werde. Man glaube, daß Mussolini die Auffassung vertreten, im Augenblick sei eine Antwort nicht dringlich, und Italien werde am besten das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Großbritannien, Belgien und Frankreich abwarten. Wie gemeldet wird, hat Baldwin bisher nur eine flüchtige Prüfung der französischen und der belgischen Note vorgenommen; indessen ging in halbamtlichen französischen Kreisen in später Abendstunde das Gerücht, daß die britische Regierung von diesen Dokumenten sehr pessimistisch beeinflusst worden sei.

Devisenkurse.

	31. Juli		30. Juli	
	Käufer (Geld)	Verkäufer (Brief)	Käufer (Geld)	Verkäufer (Brief)
1 holländisch. Gulden	448115.—	431075.—	448925.—	451075.—
1 argentin. Papier-Peso	—	—	369075.—	370925.—
1 belgischer Franc	52867.50	53132.50	52867.50	53132.50
1 norwegische Krone	175560.—	176440.—	175560.—	176940.—
1 dänische Krone	195510.—	196490.—	195510.—	196490.—
1 schwedische Krone	290272.50	291727.50	290272.50	290927.50
1 finnische Mark	80423.50	80578.50	80423.50	80578.50
1 japanischer Yen	530670.—	533330.—	530670.—	533330.—
1 italienische Lire	406780.—	43112.—	47880.—	48120.—
1 Pfund Sterling	4987500.—	5012500.—	4987500.—	5012500.—
1 Dollar	1097250.—	1102750.—	1047250.—	1102750.—
1 französischer Franc	62840.—	64160.—	62840.—	64160.—
1 brasilianischer Milreis	111730.—	112290.—	111730.—	112290.—
1 Schweizer Franc	194502.50	195487.50	194502.50	195487.50
1 spanische Pesta	155610.—	156390.—	155610.—	156390.—
100 österr. Kronen (gefl.)	—	—	1506.—	1604.—
1 tschechische Krone	33166.50	33333.—	33166.50	33333.50
1 ungarische Krone	44088.—	45012.—	44.88	45.12
1 bulgarische Lewa	10174.50	10225.—	10274.—	10326.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	10673.—	11027.50

Leergebrannt ist die Stätte!

Nicht schwer ist es, zahlreiche Hauskeller zu entdecken, in denen fünfzig und mehr Zentner Preßkohlen lagern. Die Inhaber dieser Keller, durchweg gedrückte Leute, waren in der Lage, jede Ofenbrandart sofort nach der Freigabe auszumengen und haben es außerdem oft genug verstanden, noch „hintenherum“ Kohlen ohne Karte aufzukaufen. Hier lagern erhebliche Vorräte noch vom vorigen Winter, und wenn das nächste Frühjahr kommt, wird der diesjährige Vorrat noch lange nicht aufgebraucht sein. Man hat mit allen Feinheiten gehemmt in der leider richtigen Berechnung, daß jede Öffnung auf Verbilligung der Kohle und auf ausreichende Ablieferung vorläufig ganz ausschließend ist. Alle diese Leute haben also sehr billig eingekauft. Sie zahlten für zehn Zentner genau so viel oder noch weniger, als heute ein einziger Zentner kostet.

Die Benachteiligten sind wieder einmal die anderen, die kein Geld hatten, rechtzeitig für Wintersnot zu sorgen. Tausende von Groß-Berliner Familien haben überhaupt noch keine Preßkohlen oder nur wenige Zentner, die knapp bis Weihnachten reichen, im Hause. Sie mußten, weil es am Gelde fehlte, die ersten Ofenbrandorten verfallen lassen. Mit dem schnellen Ansteigen des Kohlenpreises wuchs die Unmöglichkeit, das nötige Geld zu beschaffen. Zuletzt war ja auch für Geld und gute Worte keine Kohle zu erhalten. Oder man war nach tagelangem Anfeuern heissfroh, einen Zentner oder allenfalls zwei erobert zu haben. Ebenso schlimm steht es mit dem Brennholz. Der Kubikmeter kostet bereits weit über eine halbe Million. Das Holzsucher im Walde, das im vorigen Jahre großen Umfang angenommen hatte, hat sehr nachgelassen, weil der Transport durch die hohen Eisenbahnpreise erschwert ist. In den dicht bei Berlin gelegenen Waldungen ist nicht mehr viel zu finden, wenn man nicht gerade die Bäume selbst mitnehmen will. Die Tagesfahrt weiter hinaus kostet vom 1. August ab mindestens zehntausend Mark. Und dabei haben wir, wenn die Wetterkundigen sich nicht irren, keineswegs einen so milden Winter zu erwarten wie vor Jahresfrist. Es sind nicht etwa nur Sozialrentner, Erwerbslose, Armenunterstützte, Witwen, deren Keller gähnende Leere zeigen. Gegenwärtig tausend Mark für eine einzige Preßkohle zu zahlen, eine Million für zehn Zentner, ist auch anderen unmöglich geworden. Fragt man sie, was werden soll, so zucken sie die Achseln. Wollen auch die Behörden nachsahend zusehen und abwarten, bis die Wintersnot da ist? Es wäre nicht so schwer, festzustellen, wer noch gar keine Kohlen oder nur einen ganz dürftigen Vorrat hat. Die meisten dieser Notleidenden sind viel zu stolz, sich etwas schenken zu lassen. Was sie brauchen und wünschen, ist behördliche Anweisung zur Lieferung an sie und Kredit. Das ließe sich mit einer großzügigen Unterstützungspolitik sehr wohl durchführen, wenigstens da, wo die Not am größten ist.

Die tägliche Brotpreiserhöhung.

Ein markenfreies Brot 58 000 M.

Der Zweckerbund der Bäckermeister teilt folgendes mit: „Ununterbrochen steigt der Mehlpreis. Die Produktionsbörse Berlins drückt den Preis zwar künstlich nieder, obgleich die an der Notierung beteiligten Händler Mehl zum Börsenpreis überhaupt nicht abgeben. 2 bis 2½ Millionen Mark müssen im Freiverkehr für einen Sack Mehl über die höchste Börsennotiz hinaus angelegt werden, um überhaupt Mehl zu erhalten. Diese Unlöslichkeit auf dem Mehlmarkt bewirkt, daß durch die festgestellten Brotpreise vielfach nicht einmal der Mehlpreis mehr gedeckt wird. Ab Mittwoch, den 1. August, muß der Preis für markenfreies Brot auf 58 000 M. und für die Schrippe auf 2700 M. erhöht werden.“

Die Ursachen dieser Entwicklung sind im „Vorwärts“ mehrfach und eingehend behandelt worden. Mit ganzer Schärfe wird sich diese katastrophale Preissteigerung erst auswirken, wenn es keine Brotarten mehr gibt und alle auf den Bezug des markenfreien Brotes angewiesen sind. Dann erst wird sich der „Segen der freien Wirtschaft“ ganz offenbaren. Zahlreiche Frauen, auch Arbeiterfrauen, haben über die Unannehmlichkeiten der Zwangswirtschaft geklagt oder geschimpft. Viele von ihnen haben den Verfechtern der freien Wirtschaft, von der sie alles Heil erhofften, bei den Wahlen ihre Stimme gegeben. Es sollte ja „anders“ werden. Sie werden heute einsehen, daß es wohl „anders“, aber durchaus nicht besser geworden ist. Die „Fachsleute“ haben uns, genau so wie ein anderer Mann, der heute in Holland seine Millionen verzeichnen kann, weil die Republik Deutschland bekanntlich das Recht über alles schützt, wirklich „herrlichen Zeiten“ entgegengeführt. Wie würden dieselben Leute, die sich heute bemühen, das alles als unabwendbar hinzustellen, zittern, wenn unter einer Regierung, an der Sozialisten hervorragend beteiligt wären, nur der zehnte Teil der gegenwärtigen Teuerung vorhanden wäre! An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Haeußer ein Begünstigter der Flucht Ehrhardts?

Gegen den „Wanderapostel“ Haeußer ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, da der Verdacht besteht, daß er durch Gewährung von Geldmitteln an der Flucht Ehrhardts beteiligt ist. Haeußer wurde am Sonnabend, nachdem er sich vor dem Schöffengericht Berlin Mitte verantwortet hatte, nach Hamburg übergeführt, wo gegen ihn mehrere Anklagen wegen Beleidigung von Beamten in den nächsten Tagen zur Verhandlung anstehen. Bei dieser Gelegenheit soll dort auch eine Gegenüberstellung in der Ehrhardt-Sache erfolgen. Der Sachverhalt ist folgender:

Bekanntlich war Haeußer vom Landgericht Oldenburg wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt worden und verblüht die Strafe gegenwärtig in der Gefängnisanstalt Beda. Kurze Zeit nach seinem Straftritt trat ein Herr in Oldenburg an zwei „Jüngerinnen“ Haeußers, Fraulein Jude und Fraulein Lorenzen, heran. Er spielte sich als begeisterter Anhänger von Haeußer auf und erklärte, daß Haeußer unbedingt aus dem Gefängnis herausgeholt werden müsse. Er wäre auch in der Lage, ihn zu befreien. Es gehöre jedoch dazu ein Auto, wenn ihm eine halbe Million ausgehändigt würde, könnte er alles zur Flucht vorbereiten. Die beiden Damen, blind ergebene Werkzeuge Haeußers, brachten die Geldmittel auch bei der Anhängerschaft des „Wahrheitsapostels“ auf, warteten dann aber vergeblich an der verabredeten Stelle auf das Auto und das Erscheinen ihres Meisters. Als sie das Geld zurückverlangen wollten, soll ihnen bedeutet worden sein, daß sie am besten die Sache auf sich ruhend lassen sollten, denn sie könnten sonst in die Ehrhardt-Affäre verwickelt werden. Es besteht nun der Verdacht, daß die erschwirbte halbe Million zur Befreiung Ehrhardts verwendet worden ist und daß Haeußer der Sache nicht fernsteht.

Kinder als fahrlässige Brandstifter.

Die Enttötung des großen Dachstuhlbrandes in der Plantagenstr. 39/40 ist jetzt aufgeklärt. Fahrlässigkeit von Kindern war die Ursache. Die 11jährige Edith S. hatte 12 000 M., die sie von ihrer Mutter zum Einholen erhalten hatte, vernascht, und aus Furcht vor Strafe auf dem Boden nach Lumpen gesucht, um von dem Erfas derselben das vernaschte Geld wieder herbeizuschaffen. Mit noch zwei gleichaltrigen Mädchen, welche ihr beim Sortieren behilflich waren, zündete sie nun, um beim Sortieren besser sehen zu können, ein Streichholz nach dem anderen an, und warf diese Holzchen dann achlos zur Seite. Als die Kinder nun aus dem in derselben Straße liegenden Produktengeschäft heraustraten, machte eins der Kinder Edith S.

darauf aufmerksam, daß aus einer Dachluke Rauch aufsteige, und das durch ihr fahrlässiges Montieren wohl ein Brand entstanden sei; trotzdem schwiegen die Kinder aus Angst vor Strafe, und daher konnte das Feuer so große Dimensionen annehmen, ehe es erlosch wurde. Der Vorfall beweist aufs neue, wie notwendig es ist, alle Bodenlücken unter ständigen Verschluß zu halten und den Boden nur mit geschertem Licht betreten zu lassen.

Der „reiche Amerikaner“.

2 Millionen und 10 Proz. Beföhnung.

Als reicher Amerikaner trat ein gefährlicher Hochstapler auf, der von der Kriminalpolizei gesucht wird. Eine hiesige Familie lernte vor einiger Zeit einen Mann kennen, der sich Richard Bernon Short aus Rodport in Amerika nannte, einen Mann in mittleren Jahren. Die Familie führte ihn in ihren Kreis ein und die Tochter des Hauses fand an dem Amerikaner Gefallen.

Dieser erwiderte scheinbar die Neigung und im Laufe d. M. kam es zur Verlobung. „Mr. Short“, der den reichen Mann spielte, riet den Eltern seiner Braut dringend, ihr Vermögen in sicheren amerikanischen Werten anzulegen, weil der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands nur noch eine Frage ganz kurzer Zeit sei. Man vertraute ihm dann auch 500 Millionen zur Anlage an. Seit dessen aber behielt der „Amerikaner“ das Geld für sich und verschwand damit am 18. Juli aus Berlin unter der Vorpiegelung, daß er nach Marienbad reisen wolle. Der reiche Amerikaner wurde von der Kriminalpolizei, die sich jetzt mit ihm beschäftigt, als ein 48 Jahre alter Richard Siegmund Engel aus Senida in der Tschechoslowakei entlarvt. Auf diesen Namen hatte er auch von dem hiesigen Konsulat der Tschechoslowakei einen Paß ausgestellt erhalten, außerdem ein Berliner Passivum zur Reise nach Wien für die Zeit vom 10. bis 18. Juli 1923. Festgestellt wurde, daß der angebliche Mr. Short schon im Juni d. J. mit einer hiesigen bekannten Film-F. G. in Verbindung getreten war, der er sich als „früherer Generaldirektor einer amerikanischen Filmgesellschaft“ vorstellte. Er wollte angeblich einen großen amerikanischen Film herstellen und dazu auch einen Film-Star von New York herüberkommen lassen. Short-Engel betreibt ohne Zweifel auch in anderen deutschen Städten, wahrscheinlich wieder unter anderen falschen Namen, Hochstapeleien und andere Betrügereien. Auf seine Greueligkeit hat die Berliner Familie eine Beföhnung von 2 Millionen Mark ausgesetzt, außerdem 10 Proz. der wieder herbeigekommenen Geldsumme. Mitteilungen zu seiner Ermittlung nimmt Kriminalkommissar Wächter, Dienststelle B. 11. 3, im Polizeipräsidium entgegen.

Es ist bedauerlich . . .

Vor kurzem hatten wir eine Notiz veröffentlicht, in der auf künftige Blindenarbeiten der Städtischen Blindenanstalt in der Oranienstraße hingewiesen wurde und in der mitgeteilt war, daß die Geschäftsführung zu allen Auskünften bereit sei.

Wir erhielten unter Hinweis auf diese Notiz nunmehr eine Zuschrift, in der uns mitgeteilt wird, daß der Schreiber am 27. Juli nach langwierigen Versuchen endlich den Telefonanruf des Magistrats Nr. 286 erhielt. Die Blindenanstalt teilte jedoch mit, daß es bedauerlich sei, daß diese Notiz erlosch; die Anstalt sei nicht in der Lage vor Ablauf von 6 Wochen irgend etwas aus dem Hause abholen zu lassen. „Ich finde es“, so besagt die Zuschrift weiter, „eigentümlich, daß eine derartige Notiz erloschen kann, wenn der damit zu erreichende Zweck von der in Frage kommenden Stelle gar nicht gewünscht wird.“

Wir haben dazu zu bemerken, daß wir die Auskunft der Blindenanstalt um so eigentümlicher finden, als die in Frage kommende Notiz vom Rechtsreferat des Magistrats verbreitet wurde. Wenn städtische Einrichtungen die Unterstützung der Öffentlichkeit finden sollen, dürfte man doch ein besseres Zusammenarbeiten der einzelnen Instanzen erwarten. Daß das nicht der Fall zu sein scheint, ist das einzige Bedauerliche bei der ganzen Sache.

Blünderung in Spandau.

Eine Bande von etwa 25 jungen Buriden drang gestern, Montag, vormittag in den Schlächterladen von Müller in der Potsdamer Straße 4 zu Spandau ein, rief an sich, was sie an Wurst und Fleischwaren erreichen konnte und verschwand damit. Als das zu Hilfe gerufene Ueberfallkommando der Schutzpolizei nach kurzer Zeit eintraf, hatten sich die Blünderer schon nach allen Richtungen verstreut und waren nicht mehr zu finden. Bald darauf verlor eine noch größere Menge, etwa 70 Personen, das Lebensmittelgeschäft von Will in der Breitestraße 48 auszuräumen. Das Ueberfallkommando gerietreute sie und der Geschäftsmann schloß den Laden.

Familiendrama. Ein Familiendrama hat sich am Sonnabend morgen im Hause Gabelbergerstr. 18 in Hannover abgespielt. Der dort wohnende Obersekretär R. erschoss seinen 13jährigen Sohn und dann sich selbst. Ein zweites Kind der Familie befindet sich während der Ferien in außerhalb; die Mutter ist leidend. Ueber den Grund zur Tat ist nichts bekannt.

Die Zigarrengeschäfte am 2. August in ganz Preussland geschlossen. Die maßgebenden Verbände des Groß- und Detailhandels mit Tabakwaren haben beschlossen, am 2. August ihre Verkaufsstätten zu schließen. Es handelt sich hier um eine Protestkundgebung gegen die Tabaksteuerhandels, die vom Handel als ungerecht empfunden wird.

Eine Liebesdramödie.

Ein furchtbares Liebesdrama spielte sich in Altens in Westfalen auf offener Straße ab. Ansehend mit seiner Geliebten, einer Bureauangestellten, in Streit geraten, zog ein junger Mann ein neues scharf geschliffenes Messer, durchschnitt ihr die Kehle und verletzte ihr noch mehrere tiefgehende Stiche. Ehe die Zeugen der Bluttat herbeizeln konnten, stürzte sich der Täter in den neben der Straße fließenden Zuführungsgraben einer Fabrik und wurde nach kurzer Zeit vor dem Turbinenwehr, noch schwache Lebenszeichen von sich gebend, geborgen. Die sofort von ärztlicher Seite vorgenommenen Wiederbelebungsvoruche hatten keinen Erfolg.

Das Zentrum der Stadt Rawarussa in Udsche gelegt. Aus Rawarussa, das früher der nördlichste Grenzpunkt Oesterr.-Galiziens gegen Russ.-Polen war, wird gemeldet, daß dort ein Riesenbrand wüthet, der das ganze Zentrum der Stadt in Asche legte. Ein Duzend Mietkaternen, zwei Kirchen und ein Rathaus gingen völlig in Flammen auf. Der Schaden beziffert sich auf viele Milliarden Mark.

Der Mörder seiner Frau. Der Wiener Advokat Dr. Heinrich Marek und sein Onkel, Dr. Apotheker Hantl, wurden unter dem dringenden Verdacht verhaftet, daß sie die Frau des Advokaten gelegentlich einer Salubrität auf dem Mittelalter See ertränkten ließen, um sich in den Besitz der hohen Lebensmittelversicherungssumme der Frau zu setzen. Die Weiden wurden dem Landesgericht eingeliefert.

Der zweite Kongreß der internationalen Vereinigung für Kindererziehung wurde in Genf am Sonnabend eröffnet. Am Kongreß nahmen teil Delegierte der Schweiz, Frankreich, Belgien, der Vereinigten Staaten, Japan, Mexiko, Polen, Schweden und Rumänien.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig fahler, veränderlich, überwiegend bewölkt, mit wiederholten Regenschauern bei mäßigen südwestlichen bis westlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Organisation der Arbeitgeberverbände.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gibt in ihrem Jahresbericht („Vorwärts“ Nr. 349) zwar die Zahl ihrer Mitgliedschaften an, die ihr als Reichsverbände (55), als Bezirksverbände (75) und als Ortsverbände (85) unmittelbar und als Unterverbände (1720) mittelbar angehören, doch geht aus ihrer Mitgliederstatistik nicht hervor, wie viele Arbeiter und Angestellten in den Betrieben der Mitglieder beschäftigt sind. Erst die ungefähren Zahlenangaben hierüber könnten einen Begriff vermitteln von der Bedeutung der Mitgliedschaften in den einzelnen Industriegruppen, den gewerkschaftlichen Verbänden und damit der Vereinigung überhaupt.

An der Spitze der wirtschaftlichen Arbeitgeberverbände steht der Reichsverband der deutschen Industrie. Der Personenkreis der von den wirtschaftlichen Vereinen umfaßt wird sich nicht mit dem von den Arbeitgeberverbänden umfaßten, „weil die Gemeinsamkeit der jeweiligen Interessen für jede dieser Verbände sich nach verschiedenen Gesichtspunkten bestimmt. Das Unterschiedliche der umfaßten Personenkreise liegt darin, daß bei den wirtschaftlichen Vereinen das spezielle Fachinteresse am engsten bindet, daher die große Spezialisierung, die starke Zentralisierung und die Koordination dieser speziellen Zentralverbände; bei den Arbeitgeberverbänden steht neben dem generellen Fachinteresse das räumliche Interesse mit starker Dezentralisation, nicht Spezialisierung, sondern Konzentration ist das Bestimmende“.

Die Abgrenzung der wirtschaftlichen Vereine von den Arbeitgeberverbänden ist zwischen dem Reichsverband der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände durch ein Abkommen erfolgt, wonach beide sich verpflichten, zu ihrem ersten Vorsitzenden nach Möglichkeit dieselbe Person zu wählen; wenn dies aus zwingenden Gründen nicht möglich ist, muß der Vorsitzende der Vereinigung stets dem Präsidium des Reichsverbandes bzw. der Vorsitzende des letzteren stets auch dem Vorstande der Vereinigung angehören. Je ungefähr ein Drittel der Mitglieder des Präsidiums des Reichsverbandes soll gleichzeitig dem Vorstande der Vereinigung angehören und umgekehrt. Die Arbeitsleistung ist in der Weise erfolgt, daß die Vereinigung die Lohn- und sozialpolitischen Fragen, der Reichsverband die wirtschaftspolitischen Fragen bearbeitet. Zur Verteilung der Grenzgebiete und zur Schlichtung der Streitigkeiten besteht ein Ausgleichsausschuss. Durch Kartellverträge mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, dem Reichsverband der Bankleihen und dem Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen hat sich die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Führung in den Lohn-, Tarif- und allgemeinen sozialpolitischen Fragen gesichert. Diese Organisationen haben ihre Bezirks- und Ortsverbände den gewerkschaftlichen Verbänden angeschlossen, die der Vereinigung angehören und die größte Zahl unter deren Mitgliedschaften bilden. Es sind ihr unmittelbar angeschlossen 40 Bezirks- und 64 Ortsverbände und als Unterverbände der Gewerkschaftlichen Verbände 914 Mitgliedschaften. (Diese Ziffern sind bereits in oben angegebenen Gesamtsiffern der Mitgliedschaften enthalten.) Auch mit dem Reichsverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereine besteht ein Kartellvertrag, „der engste Zusammenhalt sichert“. Ganz bemerkt und planmäßig erstreckt sich aber die Vereinigung auf die Arbeitgeberverbände des Handwerks.

Der Organisationsausschuss ist um genügende Klarheit des Aufbaues und die erforderliche Geschlossenheit bemüht. Sein Ziel ist die Zusammenfassung der Arbeitgeberverbände aller Wirtschaftszweige. „Zum Zwecke größter Aktionsfähigkeit müssen die Arbeitgeberverbände jeder einzelnen Gruppe straff und zentral durchorganisiert sein. Der Zusammenfassung an der Spitze muß die Zusammenfassung in den Bezirken entsprechen.“

Der Zentralausschuss der Unternehmerverbände ist die oberste Spitze. Er umfaßt die Arbeitgeberverbände sowie die wirtschaftlichen Vereine und deren Spitzenorganisationen. Er trat im Sommer vorigen Jahres, insbesondere gegen die Demonstrationsstreiks (anlässlich der Ermordung Rathenaus, D. R.) in Aktion, wie auch gegen den damit in Verbindung stehenden Streik der Zeitungsarbeiter und forderte die Einsetzung der Technischen Röhre. Der Ausschuss sprach eine scharfe Verurteilung der die Produktion schädigenden Demonstrationsstreiks aus und verlangte energische Abwehrmaßnahmen.

Keine Silbe der Erklärung für diese Demonstrationsstreiks, kein Wort des Bedauerns über die Ermordung Rathenaus, die auch unserer Wirtschaft ungemein mehr geschadet hat als die Demonstrationsstreiks. Freilich haben diese Streiks einzelne Unternehmer benachteiligt, während der Marktsturz manchen nicht zu verachtenden Gewinne brachte.

Der Bericht verweist auf die besonders enge Verbindung der Vereinigung mit den Arbeitgebermitgliedern des Reichswirtschaftsrats, mit den Parteien des Reichstags und den ihr nahestehenden Arbeitgebermitgliedern und den Fraktionen des Preussischen Landtags. Die Vereinigung hat einen großen Ausschuss und sechs Sonderausschüsse für Verwaltung, Sozialpolitik, Tarifwesen, Arbeitsnachweise, Propaganda und Organisation. Von den führenden Unternehmern seien nur Geheimrat v. Borjg, C. F. v. Siemens-Berlin, Kommerzienrat Ludwig Ephraim-Kottbus, Hugo Stinnes und Dr. Hugenberg erwähnt.

Bedauert wird in diesem Berichtsschnitt, daß auf der Arbeitnehmerseite nicht das gleiche Bestreben zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und zu seiner Durchführung vorliegt wie auf Seite der Arbeitgeberverbände. Es verbietet sich, daß diese Mitarbeit des ADGB auf Grund eines so geringen Mehrheitsbeschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses erfolge. Daß das Vertrauen zu der Tätigkeit der Unternehmer auch in den Arbeitsgemeinschaften nicht sonderlich groß ist bei den Arbeitnehmern, darf die Vereinigung nicht wundern. Schließlich darf aber das berechtigte Misstrauen auf Arbeitnehmerseite nicht soweit gehen, das Vertrauen zu sich selber zu erschüttern.

Kommunistische Massendemonstrationen.

Von einem Genossen aus einem Betrieb wird uns geschrieben: „Ich lese in der „Roten Fahne“ vom Sonntag einen Bericht, wonach Hunderte von Betrieben Protestveranstaltungen gegen das Versammlungsverbot des Genossen Seering abgehalten hätten. Ich bin in der Firma M... K... beschäftigt. Am gestrigen Sonntagabend fand mit Zustimmung der Firma eine Versammlung statt, die sich mit dem Beschluß der Betriebsraterversammlung (der Kommunisten) vom Freitag, daß aus jedem Betrieb eine Delegation gewählt werden sollte, beschäftigte. Auch in unserm Betrieb wurde eine Delegation gewählt, und zwar aus jeder Abteilung ein Kollege. Wir gingen nach 11 Uhr vom Betrieb ab und trafen 1/2 Uhr mittags Lindenstraße 72/73 ein. Wir fanden ca. 30 Mann schon vor, welche erklärten, Seering wäre verreist und sein Vertreter wird uns Vertreter aus Groß-Berlin (?) um 1 Uhr empfangen. Um 1 Uhr hatten sich hochgerechnet 30 Vertreter eingefunden.“

Rum kam das Schönste. Der Portier erklärte, es seien schon drei Vertreter vorgefallen. Wir konnten aber nicht erfahren, was das für Vertreter waren und zogen unverrichteter Sache wieder ab. Auch vor noch nicht ein Mann des Über-Ausschusses anwesend.

Also das nennt man eine Vertretung von Groß-Berlin. Die Arbeiter denken etwas anders als der Über-Ausschuss. Dieser soll Beschlüsse, die aber in den Betrieben nicht durchgeführt werden können und dann macht die „Rote Fahne“ ein Aufsehen von der Delegation. Also wieder Kibonmenschen und großer Schwindel.

Somit die Zuschrift. Erstmalig ist nicht, daß die Kommunisten einen derartigen Schwindel veranstalten. Erstmalig ist nur, daß sich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Sozialdemokraten finden, die diesen Schwindel mitmachen oder doch darauf hereinkommen. Unsere Genossen sollten nach all den lächerlichen Erfahrungen, die sie mit den Vertretern von Moskau gemacht haben, schließlich so viel gelernt haben, um die Leute der „Roten Fahne“ bei ihren „Männern“ allein zu lassen.

Wiener Straßenbahnkonflikt.

Biel später als die freien Arbeiter und Angestellten sind die Wiener Straßenbahner zur Organisationsfreiheit gelangt. Unter der christlich-sozialen Kathosktherrschafft, die erst durch die Revolution des Oktober 1918 gebrochen wurde, war ihnen der Anschlag an die freien Gewerkschaften verboten. Wenn sie seitdem organisiert sind, so fehlt ihnen doch die gewerkschaftliche Tradition. Das Berufs- und der größere Teil des Fahrpersonals gehören dem Transportarbeiterverband an, ein anderer Teil des Fahrpersonals jedoch dem nach seinem Führer benannten „Vabinec-Verband“ und der Rest der christlich-sozialen Gewerkschaft. Der Vabinec-Verband, der nicht dem Gewerkschaftsbund angeschlossen und mit dem Transportarbeiterverband, wie leicht begreiflich, in schwerer Feindschaft ist, hat nun an die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung Forderungen gestellt, deren Befriedigung die Verteuerung jeder Straßenbahnfahrt von 875 Kronen bedeuten würde — dies in einer Zeit größter Arbeitslosigkeit, starken Beamtenabbaus und eines negativen Lohnindex. Da der Tarifvertrag der Gemeinde mit dem Transportarbeiterverband noch läuft und ein Gemeinderatsbeschluss den Magistrat verpflichtet, immer nur mit der stärksten Organisation eines Berufs Lohnverhandlungen zu führen, kann die Gemeinde mit dem Vabinec-Verband nicht verhandeln. Den drohenden Konflikt zu schlichten bemühte sich die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften, indem sie die Gewerkschaftskommission beauftragte, selbst mit der Gemeinde zu verhandeln — unter der Bedingung, daß sich der Vabinec-Verband in der Organisationsfrage der Entschreibung einer von der Vorstandskonferenz einzusetzenden Instanz zu fügen habe.

Der Vabinec-Verband hat trotzdem die passive Resistenz, d. h. die Hinderung des Verkehrs durch streng vorschriftsmäßiges Arbeiten, verkündet und sich dadurch in Gegensatz zur Sozial-

demokratie, die die Gemeinde verwaltet und mit der die Gewerkschaften eng verbunden sind, gestellt. Die Vertrauensmänner-Versammlung der reorganisierten Wiener Arbeiterkammer am Sonntagabend hat gegen das Vorgehen der Vabinec-Leute sehr entschiedene Stellung genommen und die Gemeindevertretung aufgefordert, die glatte Abwicklung des Straßenbahnverkehrs zu sichern.

Der Deutsche Beseidungsarbeiter-Verband verzeichnet für die laufende Lohnwoche folgende Spitzenlöhne: Herrenmaß, Branche: Alfordlohn in Klasse 1 und 2 36 200 M., Klasse 3 35 490 M., Klasse 4 34 690 M. pro Stunde. Der Zeitlohn beträgt in allen Klassen 36 200 M. Die Berechnung der übrigen Positionen erfolgt prozentual wie bisher; Damenmaß, Branche: pro Stunde 39 000 M.; Damenkonfektion Ausschneider, Bügler, Stepper pro Woche 1 802 000 M.; Herrenkonfektion: Berlstatarbeiter pro Woche 1 808 520 M.

Die Bergarbeiter im Zwickauer und Oelsnig-Dugauer Bezirk stehen seit voriger Woche im Streit. Am Sonntag fand eine Abstimmung statt über ein allerdings völlig ungenügendes Angebot des Bergbauvereins. Die Abstimmung ergab eine überwiegend große Mehrheit für die Fortsetzung des Streikes, dessen Durchführung nunmehr der Bergarbeiterverband übernommen hat.

Eine Wiedergutmachung, wenn auch nur teilweise, hat das Kabinett in Praetoria beschossen, indem es alle im Zusammenhang mit den Unruhen im Randgebiet — gelegentlich des südafrikanischen Bergarbeiterstreiks — zu Gefängnis bis zu fünf Jahren verurteilten Arbeiter begnadigte.

Die Arbeitslosenmilieus in England soll durch produktive Rotstandsarbeiten für die Arbeitslosen behoben werden. Die britische Reichskonferenz im Oktober soll sich mit dem Plan der Regierung befassen, den lokalen Behörden Staatszuschüsse zur Ausführung von Rotstandsmaßnahmen zu gewähren.

Aus der Partei.

Verfassungsfeier und Völkerbund.

Der Parteivorstand schreibt uns: Die Parteiorganisationen im Reich, die am 11. August zur Verfassungsfeier Versammlungen veranstalten, werden ersucht, in diesen Versammlungen auch auf die Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund aufmerksam zu machen. Gerade der Verfassungstag ist geeignet, der Welt zu zeigen, daß der neue Geist, der in der deutschen Republik mahnend sein muß, die Einheit und die Freiheit des deutschen Volkes im Rahmen der europäischen Völkergemeinschaft erreichen will.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 31. Juli:

46. Abt. 6 Uhr Sitzung Amtlicher Genossen bei Eichholz, Curprstr. 22. Wichtige Mitteilung. Erscheinen der Ortsgruppe.

Morgen, Mittwoch, den 1. August:

38. Abt. Kommune- und Wohlfahrts-Kommissionenmitglieder. Sitzung abends 7 1/2 Uhr. Pünktlich bei Rosow, Cornstr. 12. Die am kommunalen Arbeit interessierten Mitglieder sind hierdurch gleichfalls eingeladen.
32. Abt. Kreis-K. 7 1/2 Uhr. Funktionärerversammlung bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Straße 173. Abrechnung der Wahlstatistik.

Sport.

Die Radfahrer-Kampfstreife der Verdränger in der Brauerei Ringhild brachte am Sonntagabend folgende Resultate: Veltjean-Berlin war nach 18 Minuten Kottbus Kampf Veltjean-Charlottenburg durch Hüftschmerz aus dem Stand. In seinem Ergebnis kamen nach 25 Minuten Kottbus-Polen und Adamshaf-Berlin. Kottbus-Berlin war den Holländer von den Born nach 25 Minuten durch Hüftschmerz. Veltjean-Berlin und Ditz konnten trotz allen Anstrengungen nach 25 Minuten (schöner Kampf sein Resultat erzielen. Die Begegnung Reiber-Rünchen und Bierholz-Schöndau endete mit einem Sieg des Ersteren nach der Pause durch Armsatz am Boden. Der Montag brachte die Entscheidung zwischen Schachschneider-Berlin und Reiber-Rünchen; nach 1 Stunde und 23 Minuten bot sich die Gelegenheit für Reiber-Rünchen, Schachschneider durch einen Kopfzug am Boden den Berliner direkt auf beide Schultern zu legen. Technisch bis ins Letzte durchgeführt zeigte der Kampf alle Feinheiten der Ringkampfkunst. Das Treffen mit Ditz-Turkeltau gegen Kottbus-Polen endete nach 18 Minuten mit dem Siege des Polen. Mit einem Hintergriff von hinten war Brücker-Preslau nach 16 Minuten wenig-Sachen. Hoff und Spannen gestaltete sich die Begegnung zwischen Veltjean-Berlin und Kottbus-Berlin. Veltjean war mehr im Vorteil, konnte aber keine Entscheidung herbeiführen. Der Kampf wurde wegen Eintritt der Folgebühnen abgebrochen.

Beantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Viktor Cadenus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Familien: Dr. John Schlowatz, Charlottenburg; Politik und Sonstiges: Walter Trojan, Köpenick; Anzeigen: F. Glöck, Berlin. Druck: Formel-Druckerei, Berlin und Verlagsgesellschaft Carl Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 27.

Zwei feste Preise!
Zähne 10000 u. 14000 M. Friedonakautschukplatte einbegriffen.
Teillzahlung gestattet. Weitgehende 3 Jahre schriftliche Garantie.
Kronen (Kronenzähne ohne Gummiplatte) v. 20000,- Goldarbeiten v. 35000,- billiger.
Paralol, fechnische Munduntersuchung u. **Kostenanschlag gratis.**
Ueber 20 000 Gebisse zur vollen Zufriedenheit geliefert.
Zahnziehen mit Betäubung bei Postellung gratis.
Hafvani, Danziger Str. 1 (Hochbahn Danziger Str.) Ecke Schönhauser Allee.

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahn. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3322

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Säcke
aller Art, auch gestirnt, aus
Zute u. Papiergewebe. Pa-
cetten, Emballage usw.
laufen jed. Pfd. Offert. an
Gebr. Wolff, Sackgroßhandlung,
Berlin, Egerstr. 84.
Tel.: Rotten 109/04, 109/03.

Brillanten
Platin, Gold- und Silber. Gegen-
stände schätzen wir kostenlos u. zahlen
den höchsten Kurs.
GOLD-HODAM
Fabrikan, edelsten Schmuck
Nur Linkstr. 46 Eckhaus Potsd.Str.
am Potsdam. Platz

Bettstellen
aus Metall u.
Eisenwerkzeug.
Hilfsarbeiten, Falter, Seiden, Federn usw. wir frachten
sie zu Privat zu günstig. Preise u. Katalog. 300 (mit
Eisenmöbelwerkstatt Suhl (Thüringen))
BÜCHER GESUCHT
Wir sind ständige Abnehmer
von antiquarischer, besonders
sozialistischer Literatur.
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Sächsische Str. 7 — Pflanzburg 5146.

Qualitätsware
Anzüge 2475
gut, modern, neu, in Stoff
u. besten bis zum billigsten, u.
5950 3850 2975
Gummi-Mäntel
nur in Marken, elegante Form
Mäntel 875
neue Stoffe, neuere Form, vom
niedrigsten bis zu höchsten, u.
6750 4500 2475
Damen-Mäntel
vom feinsten Modell bis zu einfachsten
Hosen 575
Reinwollen, Duffin, Schöne, Ein-
seit. erste billige Arbeitshosen, u.
1950 1250 975
Fleczewski
Wilmsdorfer Str. 127 Boxhagener Str. 47
am Bhf. Charlottenbg. Ecke Schillerstr. am Bahnhof Stralau-Rummelsburg
Kottbuser Str. 4 Badstr. 16
am Kottbuser Tor vom 2. August 1923 ab
Fahrtgeldvergütung!

Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2
Herren- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futterstoffe!
bedeutend unter Preis

Zeitungspapier
gebund., 1/2 2000.
Saus. Klein-
lampen Röhren
oder Zettel
Neukölln, 128
Hilfsstr. Reinholden
Kempstr. 281.

Reste-Haus
C. Pelz
Kottbuser Str. 5
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Manufaktur
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Röcke
2% Rabatt!

Marken-
Zigaretten
billig bei
Herschdorfer
Rosenhäger Str. 60.

Flatow
Betriebsratgesetz
Neu
15. Aufl. 126-150000
Der
unentbehrlichste
in der Praxis
laut Fachkritik der
beste
Kommentar
geb. 6.- brosch. 4.-
x Schlüsselzahl d. Buchh.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 5

Alte Gebisse auch zer-
brochene
pro Zahn 15 000 bis 600 000 Mark.
Gold-, Silber-, Silberbruch kauft zum
Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weißbäcker Str. 32
Legitimation erforderlich
Ungeheuer gestiegen im Preise sind
alle Lebensmittel u. Be-
darfartikel. Kleine Anzeigen
im Vorwärts sind immer noch **billig!**

Wäschestoffe
für Leib- u. Bettwäsche
Handtücher, Hem-
denstoffe, Damast,
Dimit, Linn,
Züchen, Infetta,
Bestecken usw.
zu den
billigsten Preisen
S. Einhorn - Werkstatt
Herrarthstr. 31
(an d. Hermannstr.)

Schokolade
sehr preisw.
Sarotti
Stollwerck
Mauillon
Kant u. 2 Marken
billig!

Eisen & Diamant
Kaiserstr. 4
Andreasstr. 13

Gardinen
Sonderangebote -
Gelegenh. - Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und
Kattunorganza
Spezial-Gardinenwerkstatt
Kaukilla, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.